

NRW stellt sich neu auf – wir mischen mit! Weil sozial (lebens-)relevant ist!

Dokumentation des Treffens für Menschen mit Armutserfahrung/Expert*innen in eigener Sache vom 04.08.2022

Getreu dem Motto „... – wir mischen mit! Weil sozial (lebens-)relevant ist!“ wurde der aktuelle Koalitionsvertrag für NRW dahingehend überprüft, inwieweit Armut und soziale Ausgrenzung vorkommen und welche Strategien zur Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung erkennbar sind. Über die Diskussionen und den Austausch eigener Lebensrealitäten wurden Forderungen und aufgestellt, welche zeitnah in die politische Diskussion eingebracht werden sollen.

„NRW hat am 15. Mai 2022 einen neuen Landtag gewählt. Die CDU und die Grünen stellen die neue Landesregierung und haben einen Koalitionsvertrag abgeschlossen. Dieser ist für die kommenden fünf Jahre für die Politik in NRW handlungsleitend. Armut und damit ein Mangel an Teilhabemöglichkeiten in vielen Bereichen des Lebens trifft in NRW viele Menschen und insbesondere Kinder und Jugendliche. Die steigenden Mieten, Energie- und Lebensmittelkosten sowie die zunehmende Digitalisierung in allen Bereichen des Alltags sind große Herausforderungen für viele Menschen und insbesondere für diejenigen mit geringem Einkommen.“

Nach einem thematischen Einstieg durch Kolleginnen und Kollegen der Freien Wohlfahrtspflege NRW sind die rund 55 Teilnehmenden in die Arbeitsphase eingestiegen. Hierfür hat sich die Großgruppe einzelnen Themengebieten zugeordnet und im Rahmen der World-Café-Methode miteinander gesprochen, diskutiert und Ergebnisse formuliert. Der Koalitionsvertrag wurde dabei unter folgenden (lebens-) relevanten Themenschwerpunkten kritisch und aus der Sicht von Menschen mit Armutserfahrung bzw. Expert*innen in eigener Sache betrachtet: Bildung, Gesundheit, Wohnen und Teilhabe.

Durch das ausgeprägte Engagement der Teilnehmenden und die gebündelte Expertise in eigener Sache konnten zahlreiche Forderungen zusammengetragen und festgehalten werden. Ziel ist es nun, diese Forderungen in die politische Diskussion einzubringen, um Veränderungen zu erwirken und die Perspektive der Menschen mit Armutserfahrung in den Fokus zu rücken. Der Dialog von Teilnehmenden mit den Landespolitiker*innen wird im September begonnen.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Ergebnisse der Arbeitsgruppe Partizipation / Teilhabe

Kernaussagen der Teilnehmenden zur Frage der Beteiligung in politischen Kontexten

1. Hört und zu und nehmt uns ernst!
2. Wir sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Dieses Expertentum muss anerkannt werden.
3. Wir verfügen über Ideen und Vorstellungen, wie die Situation armutsbetroffener Menschen verbessert werden kann.
4. Wir möchten in Angelegenheiten, die uns betreffen, mitreden und mitmischen!
5. Wir möchten nicht, dass nur über uns und nicht mit uns gesprochen wird. Es reicht nicht aus, dass nur Verbändevertretungen angehört werden, wir möchten selbst sprechen.
6. Wir fordern die Politiker*innen auf, uns gegenüber Rechenschaft abzulegen über den Umgang mit unseren Forderungen und deren Umsetzung (-> hierzu Verabredung treffen in den Gesprächen mit den Poli-

Freie Wohlfahrtspflege NRW

tiker*innen!).

7. Es muss anerkannt werden, dass ein Teil der Menschen mit Armutserfahrung nicht über die finanziellen und / oder psychischen oder physischen Ressourcen verfügen, um sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen.

Forderungen

1. Energiekosten

Energiekosten müssen in voller Höhe übernommen werden, entweder durch Erhöhung des Regelsatzes oder in anderer geeigneter Weise.

2. Bündelung von Sozialleistungen

Sozialleistungen und Erleichterungen für Menschen im Leistungsbezug SGB II/XII/AsylBLG müssen ab Kenntniserlangung in der Behörde gelten, ohne jeweils Einzelanträge stellen zu müssen für z.B. GEZ, Sozialticket, Befreiung von Zuzahlungen in der GKV, usw.

3. Zugänge zu Ämtern

Die analoge Kommunikation mit Ämtern muss gewährleistet bleiben, sie müssen in Präsenz erreichbar sein, da nicht alle Menschen über digitale Möglichkeiten der Terminvereinbarung oder Terminwahrnehmung verfügen.

Persönliche Gespräche mit oder ohne Termin müssen möglich sein. Für die Gespräche gilt die Aufforderung an die Mitarbeitenden in Behörden, genau zuzuhören und die Anliegen der Personen ernst zu nehmen. Es geht auch darum zur Kenntnis zu nehmen, was Menschen erlebt haben und warum sie in der Situation sind. Viele berichten vom Verlust des Selbstwertes, wenn sie ihre Arbeit verlieren oder wenn sie aus anderen Gründen in den Sozialleistungsbezug kommen.

Notfallnummern müssen auch außerhalb der regulären Sprechstunden besetzt sein, da Notfälle auch nachmittags, abends oder an Wochenenden entstehen können.

Informationen über Sozialleistungen und das Hilfesystem müssen transparent zur Verfügung gestellt werden.

4. Mobilität

Das 9-Euro-Ticket ermöglicht Mobilität und damit soziale Teilhabe. Es muss fortgeführt werden oder nahtlos durch eine andere geeignete Lösung abgelöst werden. Schwarzfahren darf nicht kriminalisiert werden. Die Ersatzfreiheitsstrafe für Schwarzfahren kostet den Staat unverhältnismäßig viel Geld und muss daher abgeschafft werden.

5. Soziokulturelle Teilhabe

Soziale und soziokulturelle Teilhabe ist genauso wichtig, wie etwas zu essen zu haben! Soziokulturelle Teilhabe ist Teil der Daseinsvorsorge. Teilhabe muss selbstverständlich allen ermöglicht werden. Alle Dienste / Dienstleistungen, bei deren Nutzung keine zusätzlichen Kosten anfallen, müssen daher für Armutsbetroffene kostenfrei sein. Dazu gehören der Eintritt in Museen oder Schwimmbäder, gilt dem Grunde nach aber auch für den öffentlichen Personennahverkehr. Die Nutzung öffentlicher Toiletten muss kostenfrei möglich sein. Lösungen für Menschen, deren Einkommen knapp oberhalb der Grenzen für den Sozialleistungsbezug liegen, müssen gefunden werden.

6. Politische Beteiligung

Die Anhörung von Armutsbetroffenen in Angelegenheiten, die diese betreffen, muss im parlamentarischen

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Verfahren verpflichtend sein.

Forderung nach Sitz und Stimme im Sozialausschuss.

7. Strukturelle Maßnahmen zur Armutsbekämpfung

Im Landeshaushalt muss neben ausreichenden Mitteln zur Umsetzung der o.g. Maßnahmen **Geld zur Schaffung und Stärkung von Selbstvertretungsstrukturen** für Menschen mit Armutserfahrung **eingestellt werden**. Menschen mit Armutserfahrung müssen befähigt werden, ihre Interessen zu vertreten. Dazu gehören auch Schulungen, z.B. zu Öffentlichkeitsarbeit und Sprache / Rhetorik. Peer-Ansätze müssen gestärkt werden. Fahrtkosten und sonstige Sachkosten für Räume, Material etc. müssen zur Verfügung gestellt werden. Das Land soll sich beim Bund dafür einsetzen, diese Strukturen im SGB II zu verankern.

Ideen zur Vernetzung / Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung

1. Lobbyarbeit, z.B.

- Dafür sorgen, dass Armut in Medien (Fernsehen, Zeitung, Social Media) realitätsnah dargestellt wird.
- Marketing in eigener Sache: Flashmob, Guerilla-Marketing (z.B. Aussagen mit Kreide auf den Bürgersteig schreiben, Gespräche im Bus anfangen), Demos, Petitionen, #ichbinarmutsbetroffen, ...
- Für eine stärkere Wahlbeteiligung werben!
- Politischen Druck erzeugen!
- Ansprache der Politiker*innen auf emotionaler Ebene!

2. Kontakt zu Politiker*innen, z.B.

- Wir müssen Abgeordneten auf die Füße treten!
- Termin im Sozialausschuss des Landtags, der Kommune
- Termine mit Abgeordneten im Landtag wahrnehmen. An Abgeordnetenfahrten teilnehmen.

3. Mehr Plattformen wie das Treffen heute schaffen

und Bündelung der Interessen, an einem Strang ziehen.

4. Zusammenarbeit mit Verbänden der Wohlfahrtspflege

Vorhandene Organisationsstrukturen nutzen, um Politik zu adressieren.
Gemeinsam Interessen vertreten.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe Gesundheit

Diskutiert wurden viele Aspekte im Kontext des großen Themas der Gesundheit:

- Fahrtkostenerstattung
- Kosten von Hilfsmitteln – Zuzahlungen - IGELeistungen
- Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum
- Gesundheitsprävention und Aufklärung über Ernährung, Klimaauswirkungen
- Barrierefreier Zugang zum Gesundheitssystem
- Bürgerversicherung
- Unterstützung und Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen (mehr Therapieplätze, Begleitpersonen zulassen, mehr aufsuchende Hilfen, mehr Aufklärung)
- Assistenzkräfte für Menschen mit Behinderungen

Forderungen

- Erstattung von Fahrtkosten zu notwendigen Behandlungen
- Finanzielle Übernahme von Hilfsmitteln bei Bedarf
- Befreiung zur gesetzlichen Zuzahlung direkt zusenden - Entbürokratisierung
- IGeL-Katalog gemeinsam mit Leistungsempfänger*innen/Patient*innen und Kassenverantwortlichen bewerten und diskutieren und Anpassungen erwirken
- Mehrbedarfe bei gesundheitlichen Einschränkungen oder Erkrankungen für Ernährung usw.
- Höherer Beerdigungsstandard bei Sozialbestattungen
- Forschung zu Armut und Gesundheit ausbauen und berücksichtigen
- Verbesserung der finanziellen Situation von pflegenden Angehörigen
- Kommunale Gesundheitskoordination – erreichbar, barrierefrei, niederschwellig, präsent – im Sinne einer präventiven Gesundheitsversorgung
- Zugang zum Gesundheitssystem muss für alle, die in Deutschland leben und sich aufhalten, ermöglicht werden

Ergebnisse der Arbeitsgruppe Wohnen

Diskutiert wurden viele Aspekte im Kontext des großen Themas Wohnen:

- Bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Leerstände aufspüren und begegnen
- Schufaauskünfte
- Infrastruktur auf dem Land
- Angemessenheit der Kosten der Unterkunft
- Wohnraum bei Notlagen
- Umwandlung von Büroräumen
- Klimawandel benötigt anderen Wohnraum

Forderungen

- Bürgergeld bzw. die Leistungen nach dem SGB II müssen besser und anders bemessen werden. Anpassung an die Realität
- Schufa darf nur noch echte und tatsächliche Mietschulden ohne Verfahrenskosten mitteilen
- Infrastruktur auf dem Land muss ausgebaut und attraktiver werden – Leben auf dem Land muss lebenswerter werden
- Regelungen treffen, wenn nachgewiesen ist, dass kein geeigneter Wohnraum zu finden ist, dass dann in der Wohnung geblieben werden kann oder geeigneter Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.
- Fristen für sozialen Wohnungsbau verlängern
- Bauen durch andere Bauordnungen und Verzicht auf Luxus billiger machen
- Förderung von privaten Bauvorhaben (keine Investoren) mit der Maßgabe, dass preiswerter Wohnraum geschaffen wird

Ergebnisse der Arbeitsgruppe Bildung

Diskutiert wurden folgende Aspekte im Kontext Bildung:

- Bildung ist Grundlage für viele weitere Lebensbereiche, deshalb gehört Bildung zur Daseinsvorsorge
- Bildungssystem und Schulsystem und die damit verbundenen Hürden
- Formale und non-formale Bildung
- Erwachsenenbildung
- Bildung auch ohne Grund
- Konzepte, die mehr niedrigschwellige Bildung ermöglichen
- Kosten der Bildung
- Bildung muss sich weiten und Themen wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit einbeziehen
- Talente entdecken und fördern
- Entwicklung von Plattformen, die über Bildungsformate informieren und Zugang zu kostenfreien Angeboten schaffen
- Informationen über Bildungsangebote in anderer Form (Flyer usw.)

Forderungen

- Bürokratische Hürden abbauen – Erreichbarkeit verbessern (z.B. Ämter)
- Jede Gemeinde muss eine öffentliche Bücherei haben und diese muss kostenfrei sein
- Kosten für Veranstaltungen bei der VHS usw. übernehmen
- Bildungsangebote im ländlichen Raum ausbauen
- Mehr Bildungsangebote zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit
- Plattform für Informationen zu Bildungsangeboten schaffen
- Schulmaterialien/Lehrmittel müssen kostenfrei sein
- Alle Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei sein – Zugänge ermöglichen
- Seiteneinsteiger*innen als Lehrkräfte müssen weiter gefördert werden und der Einstieg erleichtert werden
- Mobilität ausbauen und ermöglichen, damit der Zugang auch über Distanz leichter wird